

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 29. Sitzung

am Mittwoch, dem 6. September 2006, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 122 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Vorsitzender

Jürgen Feddersen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Anette Langner (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Johannes Callsen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Verweigerung der Zulassung von Fahrzeugen bei Gebührenrückständen (ZulVG)	4
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/822	
2. Nutzung des EU-Programms Marco Polo II (2007 - 2013)	5
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/861	
3. Priorität für Erdkabel beim Ausbau der Stromnetze in Schleswig-Holstein	6
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/710	
4. Ablehnung des integrierten Börsengangs der Bahn	7
a) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/560 Nr. II	
b) Mündlicher Bericht der Landesregierung	
5. Verschiedenes	7

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Verweigerung der Zulassung von Fahrzeugen bei Gebührenrückständen (ZulVG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/822

(überwiesen am 29. Juni 2006 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Finanzausschuss)

Abg. Matthiessen möchte einleitend wissen, wie sich ein „Gebührenrückstand“ definiere, ab wann also das Gesetz greifen solle. - M Austermann erwidert, hierbei handele es sich um Rückstände bei Zulassungsvorgängen, die bei der Behörde aufgelaufen seien; dabei gehe es um offene Rechnungen nach in der Regel bereits erfolgten Zwangsmaßnahmen.

Abg. Matthiessen plädiert im Folgenden dafür, dass die Verweigerung der Zulassung von Fahrzeugen bei rückständigen Gebühren und Auslagen erst nach Fristverstreichung im Rahmen eines Mahnverfahrens greifen sollte. Er denke hier insbesondere an Fahrzeughalter, die mehrere Kraftfahrzeuge hielten, oder auch an solche, die zum Beispiel gerade im Urlaub seien und deshalb Rückstände bei der Zulassungsstelle hätten. Insofern würde er hier die Schwelle für das Tätigwerden der Zulassungsstelle gern höher gesetzt und dem Ganzen doch ein Mahnverfahren vorgeschaltet sehen.

M Austermann betont, dass mit dem Gesetz solche Fälle erfasst werden sollten, in denen ein altes Fahrzeug wieder zugelassen werden solle und Forderungen an den Halter zum Beispiel aus fehlendem Versicherungsschutz oder nicht gezahlter Kfz-Steuer resultierten. Insofern bedürfe es hier nicht noch eines Mahnverfahrens. Die Zulassungsbehörden sollten die Möglichkeit erhalten, bei rückständigen Gebühren oder Auslagen eine neue Kfz-Zulassung auf den Schuldner zu verweigern.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung der Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließt sich der federführende Wirtschaftsausschuss dem Votum des beteiligten Finanzausschusses an, dem Plenum des Landtages die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 16/822 zu empfehlen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Nutzung des EU-Programms Marco Polo II (2007 - 2013)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/861

(überwiesen am 29. Juni 2006 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Europa-
ausschuss)

Nach dem Hinweis aus dem beteiligten Europaausschuss, der parallel zu dieser Sitzung des Wirtschaftsausschusses tagt, dass dem Plenum des Landtages Ablehnung des Antrages empfohlen werden solle, kommen die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses überein, die Beratung dieses Tagesordnungspunktes auf die nächste Sitzung zu verschieben, um zunächst Einzelheiten zur Begründung der Beschlussempfehlung des Europaausschusses zu erfahren.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Priorität für Erdkabel beim Ausbau der Stromnetze in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/710

(überwiesen am 4. Mai 2006)

hierzu: Umdrucke 16/800, 16/874, 16/956, 16/970, 16/971, 16/972, 16/975,
16/977, 16/979, 16/980, 16/1010, 16/1089, 16/1149

Abg. Matthiessen und Abg. Callsen begründen die hierzu vorgelegten Änderungsanträge Umdrucke 16/1089 (von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und 16/1149 (von CDU und SPD).

Nach kurzer Aussprache schlägt der Ausschuss dem Landtag einstimmig vor, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/710, bei Streichung des Wortes „unabweisbaren“ in der vorletzten Zeile des zweitletzten Absatzes in der Fassung des Umdrucks 16/1149 anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Ablehnung des integrierten Börsengangs der Bahn

- a) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/560 Nr. II

hierzu: Umdruck 16/1095

(überwiesen am 22. Februar 2006)

- b) Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 22. Februar 2006 zur abschließenden Beratung)

Vor dem Hintergrund der mündlichen Berichterstattung der Landesregierung zum Thema Privatisierung beziehungsweise Börsengang der Deutschen Bahn AG in der Landtagssitzung am 22. Februar 2006 und des inzwischen vorliegenden schriftlichen Berichts des MWV zu im Antrag Drucksache 16/560 aufgeworfene Fragen kommt der Ausschuss überein, vor Erarbeitung einer Beschlussempfehlung zu dem Antrag zunächst ein Verfahren zu verabreden, das es den Ausschussmitgliedern ermöglicht, diese wichtige Thematik gegebenenfalls auch durch sachverständige Beratung aufzuarbeiten. - Der Vorsitzende, Abg. Arp, bittet die Fraktions-sprecher, insoweit das weitere Beratungsverfahren intern zu erörtern und ihm dann einen Vorschlag zukommen zu lassen, wann und in welcher Form der Antrag Drucksache 16/560 im Wirtschaftsausschuss weiterberaten werden soll. In jedem Fall soll die Weiterberatung rechtzeitig vor einer Entscheidung auf Bundesebene erfolgen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 10:45 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp
Vorsitzender

gez. Manfred Neil
Geschäfts- und Protokollführer